



75 Jahre

Arbeitgeberverband Mitte



24 NOV. 1918

Göttingen, den 18. November 1918.

Rundschreiben.

Wie Ihnen aus den Tageszeitungen bekannt sein dürfte, hat am 14. d. Mts. eine Versammlung von Arbeitgebern aus Göttingen und Umgegend stattgefunden, in der die Frage der Unterbringung der aus dem Heere entlassenen Arbeiter eingehend besprochen worden ist. Der von der Versammlung eingesetzte unterzeichnete Ausschuß hat die Aufgabe, im Einvernehmen mit dem Soldaten- und Volksrat und den zuständigen Arbeitsnachweisen die Unterbringung von Heeresentlassenen zu unterstützen. Er bittet Sie mit Rücksicht auf die überaus wichtige Angelegenheit die auf dem Fragebogen gestellten Fragen erschoßend zu beantworten und den Fragebogen möglichst bald, spätestens bis zum 23. d. Monats zurückzusenden.

Durch in den letzten Tagen vorgenommene Entlassungen von weiblichen Arbeitskräften ist eine gewisse Beunruhigung in der Bevölkerung entstanden. Der Ausschuß bittet Sie im allgemeinen Interesse von der Entlassung weiblicher Arbeitskräfte vorläufig nach Möglichkeit abzusehen, auf keinen Fall weibliche Arbeitskräfte zu entlassen, die auf Broterwerb angewiesen sind.

Es werden viele Arbeitgeber von früher bei ihnen beschäftigten Angestellten oder Arbeitern bzw. deren Angehörigen gebeten worden sein, ihnen eine Bescheinigung des Inhalts zu geben, daß der Arbeitgeber bereit ist, den betreffenden Angestellten oder Arbeiter in seinem Betriebe wieder einzustellen. Durch eine derartige Bescheinigung wird die ordnungsmäßige Durchführung der Demobilisierung gefördert. Wir sind hierauf durch den Soldaten- und Volksrat aufmerksam gemacht und bitten Sie, im Auftrage desselben, solche Bescheinigungen nicht auszustellen, sondern dringend benötigte Arbeiter auf dem vorgeschriebenen Wege zu reklamieren. Dieser besteht in der Einfindung eines ausgefüllten Vordruckes C an das zuständige Bezirkskommando. Solche Vordrucke sind auf dem Bezirkskommando erhältlich.

Wir weisen bei dieser Gelegenheit darauf hin, daß schon jetzt von Rohstoffen für Friedensarbeit Eisen und Stahl bereits vollständig, dagegen von anderen Metallen (Messing, Aluminium u. s. w.) 20 % der beschlagnahmten Mengen freigegeben sind.

Der Ausschuß der Arbeitgeber
von Göttingen und Umgegend,

W. Sartorius, Vorsitzender.

Der erste Göttinger Arbeitgeberverband

Der Erste Weltkrieg ist kaum vorbei, als einige Wirtschaftsbetriebe aufgrund der anstehenden Demobilisierung der Streitkräfte damit beginnen, ihren früheren Mitarbeitern Wiedereinstellungsbescheinigungen auszustellen und gleichzeitig ihre weiblichen Arbeitskräfte zu entlassen. Dies ruft den kürzlich gewählten *Göttinger Soldaten- und Volksrat* auf den Plan, weil dieses Vorgehen nicht nur zu einer gewissen Beunruhigung innerhalb der Stadtbevölkerung führt, sondern auch die geordnete Demobilisierung der Streitkräfte behindert.

Nur drei Tage nach dem offiziellen Kriegsende versammeln sich am 14. November 1918 einige regionale Unternehmer und gründen den *Ausschuss der Arbeitgeber von Göttingen und Umgegend* unter dem Vorsitz des Fabrikdirektors Dr. Wilhelm Sartorius. Sie plädieren in einem Rundschreiben vom 18. November 1918 an die Göttinger Wirtschaft, weder eigenmächtig weitere Bescheinigungen auszustellen noch auf den Broterwerb angewiesene Mitarbeiterinnen zu entlassen und bestmöglich mit dem *Soldaten- und Volksrat* zu kooperieren. Aus eben jenem Ausschuss geht am 10. Dezember 1918 der *Allgemeine Verband der Arbeitgeber von Göttingen und Umgegend* hervor.

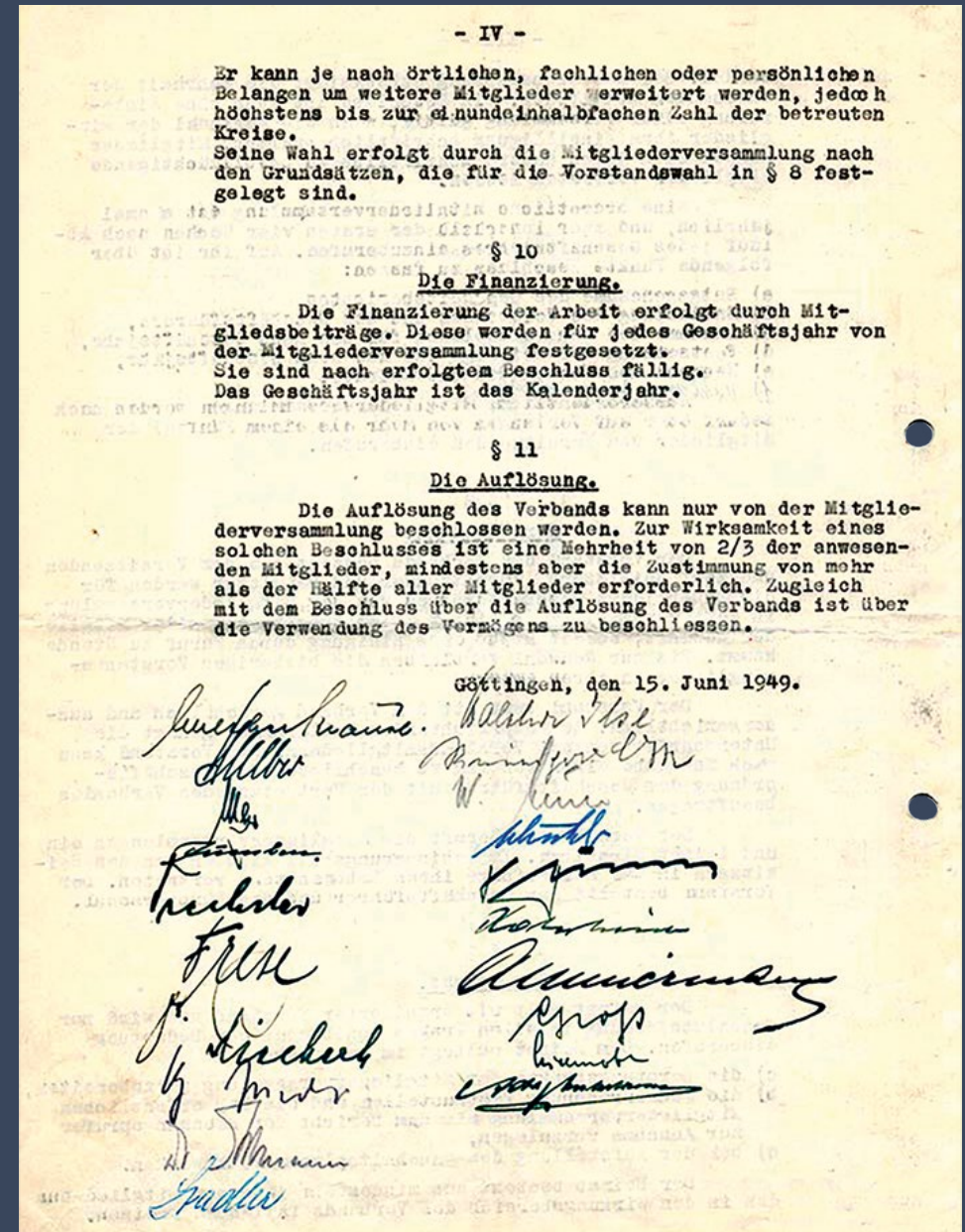
Im September 1926 wird der Verband in *Allgemeiner Arbeitgeberverband für Göttingen und Umgebung (Südhanover) in Göttingen* umbenannt. Nach der Machtübernahme durch die Nationalsozialisten erfolgt seine Auflösung, welche am 22. Juli 1935 abgeschlossen wird.

Die Gründung des AGV Südhannovers

Am 15. Juni 1949 folgen 21 regionale Unternehmer einer Einladung von Adolf Ruhstrat und Walter Krause, sich im altbekannten Göttinger Gasthaus „Zum Schwarzen Bären“ zusammenzufinden und den **Arbeitgeberverband Südhannover** zu gründen.

Die Veranstaltung wird von Walther Krause mit einer kurzen Begrüßungsansprache eingeleitet, worin er auf die bisherigen Bemühungen zur Gründung einer Arbeitgebervereinigung in Südniedersachsen eingeht. Auch wenn seine Ausführungen nicht überliefert sind, wird er sicherlich auf den Gewerbeverein Göttingen eingegangen sein – der bereits 1947 auf Initiative des **Verbandes der Metallindustriellen Niedersachsen** gegründet wurde – und die als direkten Vorläufer am 10. Februar 1949 gegründete **Arbeitgebervereinigung der gewerblichen Wirtschaft Südhannovers für den Arbeitsgerichtsbezirk Göttingen**.

Nachdem der Satzungsentwurf durch den Geschäftsführer Walter Ballerstedt vorgestellt und mit kleinen Änderungen angekommen ist, kommt es schließlich zur ersten Wahl: Der bereits vorläufig amtierende Vorsitzende Walter Krause wird im Amt bestätigt. Dazu werden mit Dr. Willy Demuth aus Katlenburg und Otto Ammermann aus Einbeck zwei Beisitzer und jeweils ein Vertreter für die zugehörigen Kreise in den Beirat gewählt. Die Gründungsversammlung wird mit einigen Dankesworten und dem Appell beendet, „sich nunmehr in allen Kreisen für den neugegründeten Verband einzusetzen“.



Am 15. Juni 1949 gründen 21 Unternehmer den AGV Südhannover.

Die Anfänge des AGV Südhannovers



Postkarte des Hotels „Zur Eisenbahn“ in der Groner Landstraße 9.

Das erste **AGV-Büro** befindet sich im Dachgeschoss des Hotels „Zur Eisenbahn“ in der Groner Landstraße 9, direkt neben dem früheren Eingang zum Eisenbahn-Ausbesserungswerk.

Dort teilt sich der **AGV** drei kleine Kammern mit dem **Verband der Metallindustriellen Niedersachsen** und der **Land- und Forstwissenschaftlichen Arbeitgebervereinigung**.

Doch die Bürogemeinschaft teilt sich nicht nur die Räumlichkeiten, wobei das hoteleigene Klubzimmer regelmäßig für größere Besprechungen genutzt wird, sondern auch das Personal unter dem gemeinsamen Geschäftsführer Walter Ballerstedt.

Kaum verwunderlich also, dass das sechsköpfige Team aus Geschäftsführer, Bürovorsteher und Schreibkraft, zweier Aushilfskräfte und ab September 1949 einem Referendar schnell ausgelastet ist: Allein im **AGV-Gründungsjahr** 1949 führt die Bürogemeinschaft 5000 Orts- sowie 750 Ferngespräche und nimmt 15.000 Anrufe aus dem Ortsnetz sowie 2500 aus dem Fernnetz entgegen. Darüber hinaus werden 6000 Briefe sowie 14.000 gedruckte Rundschreiben an die insgesamt 500 Mitglieder verschickt. Zudem weist die Arbeitsstatistik für das Jahr 1949 ca. 3000 persönlich empfangene Besucher und 240 externe Betriebsbesuche aus.

Dazu kommen 380 Gerichtstermine für insgesamt 326 geführte Prozesse, wovon 281 gewonnen oder verglichen, 15 in 1950 weitergeführt und nur 28 verloren werden.

Nachdem sich die Bürogemeinschaft bewährt hat, einigen sich die drei Verbände im folgenden Jahr auf einen Kostenschlüssel, der im Wesentlichen der jeweiligen Mitgliedszahl entspricht. Somit entfallen 50 Prozent der Kosten auf den **Arbeitgeberverband Südhannover**, 30 Prozent auf die **Land- und Forstwissenschaftliche Arbeitgebervereinigung** und 20 Prozent auf den **Verband der Metallindustriellen Niedersachsen**.

Mit der zunehmenden Institutionalisierung steigt auch die Mitgliederzahl des **AGV** binnen eines Jahres von 241 auf 283. Dieser Zuwachs ist umso beachtlicher, als dass seit Gründung 55 Firmen aufgrund von Konkurs oder Zahlungsunfähigkeit aus dem Verband ausscheiden.

<u>Mitgliederbewegung.</u>				
	1.1.1951	Austritte Konkurs etc.	Zugänge	1.1.1952
Duderstadt	17	2	5	20
Einbeck	35	1	6	40
Göttingen	134	4	8	138
Hann. Münden	8		3	11
Northeim	26	1	13	38
Osterode ohne Lauterb.	16		4	20
Bad Lauterberg	--	--	10	10
Zellerfeld	--		1	1
Restkreis Blankenburg	5	--	--	5
zus.:	241	8	50	283

Mitgliedszahlen aus dem Geschäftsbericht für das Jahr 1951.

Das neue Aufgabenspektrum des AGV

Von Anfang an verstehen sich die Arbeitgeberverbände als unternehmerische Gegengewichte zu den deutlich früher von den Alliierten genehmigten Gewerkschaften. Neben der rechtlichen Beratung ihrer Mitglieder sollen sie die arbeits- und sozialrechtlichen Gesetzesvorhaben im Sinne der Wirtschaft beeinflussen. Sie knüpfen daher sowohl bezüglich ihrer Aufgabenstellung als auch teilweise der personellen Kontinuität an die Zeit der Weimarer Republik an.

Das traditionelle Arbeitsprofil übernimmt auch der **AGV Südhannover**: Er berät seine Mitglieder bei rechtlichen Fragen, schließt Tarifverträge und Vereinbarungen ab, vertritt sie gerichtlich oder informiert über neue arbeitsrechtlichen Entwicklungen. Ein erheblicher Teil der 1950 an die bis zu 283 Mitglieder verschickten 6387 Rundschreiben und 1861 schriftlichen Einzelauskünfte wird solche Neuerungen betroffen haben.

Doch in der jungen Bundesrepublik gewinnt vor allem die arbeits- und sozialpolitische Frage und mit den neuen Selbstverwaltungsstrukturen ein gänzlich neuer Aufgabenbereich für die Arbeitgeberverbände an Bedeutung. Als Reaktion auf die von Bundesarbeitsminister Anton Storch allein für das Jahr 1950 ankündigten 41 neuen Gesetzesvorhaben gründet der **AGV Südhannover** noch im Januar 1950 einen fünfköpfigen Sozialausschuss, um mit eigenen Stellungnahmen reagieren zu können.

Jedoch sind es die neugeschaffenen Selbstverwaltungsstrukturen, z. B. in den Gremien der Krankenkassen und der Sozialversicherung oder dem Arbeitgeberverband selbst, welche den **AGV Südhannover** vor einige Herausforderungen stellen: „Das Unternehmertum in seiner Gesamtheit habe sich geistig noch nicht mit der veränderten Lage vertraut gemacht“, attestiert **AGV-Geschäftsführer** Ballerstedt auf der Mitgliederversammlung vom 17. Januar 1950, nachdem sich zunächst keine

ausreichende Zahl von Unternehmensvertretern für die neuen Verwaltungsgremien findet.

Auf der Mitgliederversammlung von 14. Februar 1951 zieht sich wiederum die Vorstands- und Beiratswahl in die Länge, weil sich erst nicht genug Kandidaten finden. Dass anschließend die meisten Anwesenden noch zusammenbleiben und verschiedene Vorschläge für die zukünftige Verbandsarbeit diskutieren, unterstreicht jedoch, dass es sich hierbei um eine Momentaufnahme handelt.

Die rechtliche Grundlage

Die 1949 gegründete Bundesrepublik hat es sich zum Ziel gesetzt, die deutsche Wirtschaft nach demokratischen Prinzipien wiederaufzubauen und eigens hierfür den dritten Absatz im Artikel 9 des Grundgesetzes geschaffen.

Die darin definierte Vereinigungs- und Koalitionsfreiheit bildet die Grundlage für die gemeinschaftliche und selbstverwaltete Gestaltung der zukünftigen Arbeits- sowie Wirtschaftsbedingungen durch Arbeitgeberverbände und Gewerkschaften zugleich.

Die frühe Institutionalisierung des AGV

Der Umzug in größere Räumlichkeiten in der Roten Straße 19 im Januar 1950 und die damit ermöglichte Personalerweiterung schaffen die Grundlagen für eine zunehmende Professionalisierung der Bürogemeinschaft und des **AGV**. Mit dem gemeinsamen Geschäftsführer Ballerstedt, zwei weiteren Sachbearbeitern, dem Bürovorsteher, einer zusätzlichen Sekretärin, zweier Schreibkräfte und einer Hilfskraft können nicht nur die Büros zugleich dauerhaft besetzt, sondern auch neue Aufgaben übernommen und zusätzliche Dienstleistungen angeboten werden.

Die allgemeine Mitgliederkommunikation des **AGV** wird seit jeher über postalische Rundschreiben gewährleistet. Die gerade in den ersten Jahren noch eng und beidseitig gedruckten, mehrseitigen Rundschreiben werden anlassbezogen verschickt. Mit ihnen informiert der **AGV** über Gesetzesvorhaben, kommuniziert neue Verordnungen oder berichtet über aktuelle Ereignisse aus den Betrieben, der Region oder anderen Arbeitgeberverbänden.

Seit den frühen 1950er Jahren nimmt die Bedeutung einer effektiven Öffentlichkeitsarbeit stetig zu, weil sie es dem **AGV** erlaubt, sich und die Positionen seiner Mitgliedsunternehmen zu arbeits- und sozialpolitischen Entwicklungen besser zu kommunizieren. Wobei der **AGV** hierbei zwischen internen und externen Maßnahmen unterscheidet. Die Öffentlichkeitsarbeit umfasst einerseits regelmäßige Unternehmerabende und örtliche Sprechtag in den zugehörigen Kreisen, Jugendfreizeiten für Auszubildende und Juniorentreffen für jüngere Firmenvertreter, aber auch verschiedene Fort- und Weiterbildungsangebote für die Mitgliedsunternehmen. Mit seinen Vortragsveranstaltungen durch hochkarätige Referenten richtet sich der **AGV** andererseits an einen erweiterten Teilnehmerkreis und damit direkt an die Öffentlichkeit.



Im Januar 1950 bezieht der AGV neue Büros in der Roten Straße 19.

Der AGV wird Service-Dienstleister

Bereits in den frühen 1960er Jahren kündigt sich der zukünftige gesellschaftliche, politische und wirtschaftliche Wandel deutlich an: Am 13. August 1961 wird mit dem Mauerbau in Berlin und der Schließung der innerdeutschen Grenze begonnen. Nach der Bundestagswahl vom 17. September 1961 verliert die CDU ihre absolute Mehrheit. Zudem zeichnet sich nach Jahren des stetigen Wachstums und der Vollbeschäftigung ein Ende des vermeintlichen „Wirtschaftswunders“ ab.

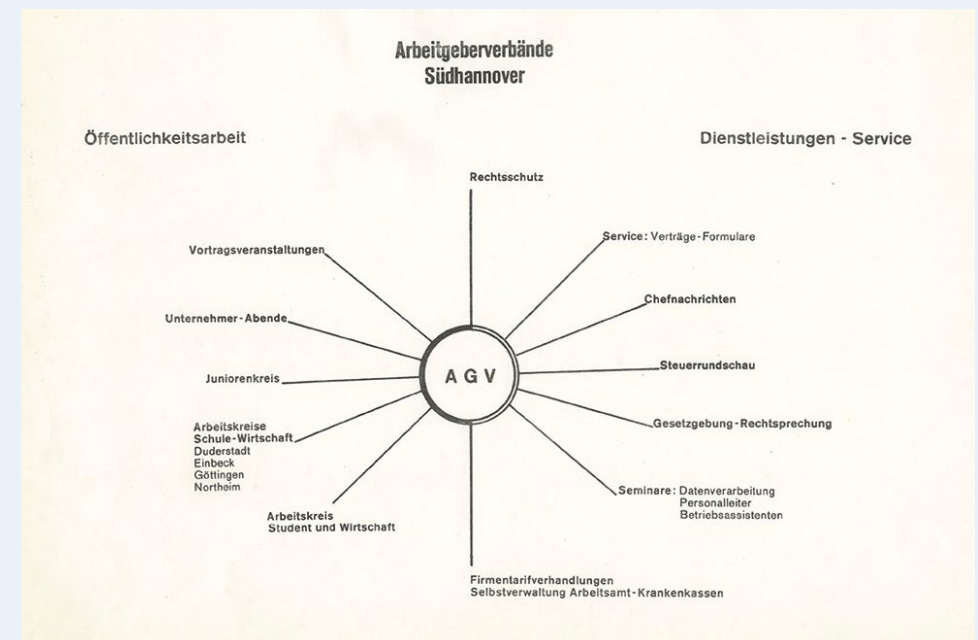
Den Herausforderungen der 1960er Jahren stellt sich der **AGV**, indem er sich zu einem Service-Dienstleister entwickelt, sich ergänzend zu seinen klassischen Aufgaben vermehrt um die schulische bzw. universitäre Bildungsarbeit bemüht und verschiedene Fortbildungen anbietet.

Mit den seit 1961 in Göttingen, Northeim, Duderstadt und Einbeck eingerichteten Arbeitskreisen „Schule und Wirtschaft“ richtet sich der **AGV** einerseits mit Informationsmaterialien an die Lehrkräfte und mit Betriebsbesichtigungen sowie Vorträgen andererseits direkt an die Schülerinnen und Schüler. Der 1964 gegründete Arbeitskreis „Student und Wirtschaft“ erweitert dieses Angebot auf das akademische Publikum.

Die **Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände** hebt das bis dahin einzigartige „Göttinger Modell“ in seinem Geschäftsbericht 1964 ausdrücklich hervor, damit es auch in anderen Regionen „Schule macht“. In Südniedersachsen bewährt es sich jedenfalls, wovon allein die in den 1960er Jahren durchgeführten 72 Betriebsführungen und 67 Filmvorführungen bzw. Vortragsveranstaltungen zeugen. Losgelöst davon werden im gleichen Zeitraum weitere 31 schulische oder universitäre sowie mehr als 30 überwiegend öffentliche Vorträge durchgeführt, was die drei Säulen der damaligen **AGV-Bildungsarbeit** vervollständigt.

Die beiden erfolgreich etablierten Arbeitskreise legen wiederum die Grundlage für drei weitere noch in den 1960er Jahren eingeführten Arbeitskreise für „Junge Unternehmer – Junge Gewerkschafter“, „Datenverarbeitung“ sowie „Wirtschaft und Politik“.

Das in den 1950er eingeführte Fort- und Weiterbildungsangebot wird 1963 um Personalleiterseminare und 1967 um Datenverarbeitungsseminare erweitert. Zudem wird 1967 eine Kooperation mit der **Landesvereinigung der Niedersächsischen Arbeitgeberverbände** eingegangen, um Seminare für Betriebsassistenten und -leiter anzubieten.



Das Angebotsportfolio des AGV.

Neue Anschrift: 34 Göttingen · Friedländer Weg 27 · Ruf (0551) 57803 und 59905

17

Der AGV in den 1970er Jahren

Die 1970er Jahre sind von wachsenden gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Spannungen geprägt, die ihre jeweiligen Höhepunkte mit der Ölkrise 1974/75 und dem sogenannten „Deutschen Herbst“ 1977 erreichen. Schon in seinem Arbeits- und Geschäftsbericht von 1970 beklagt der **AGV Südhannover**, dass die „Kritik legaler und illegaler Gruppen an der gegenwärtigen Ordnung [...] an Umfang und Härte zugenommen“ und zu einer allgemeinen „Verunsicherung des gesellschaftspolitischen Raumes“ geführt hat.

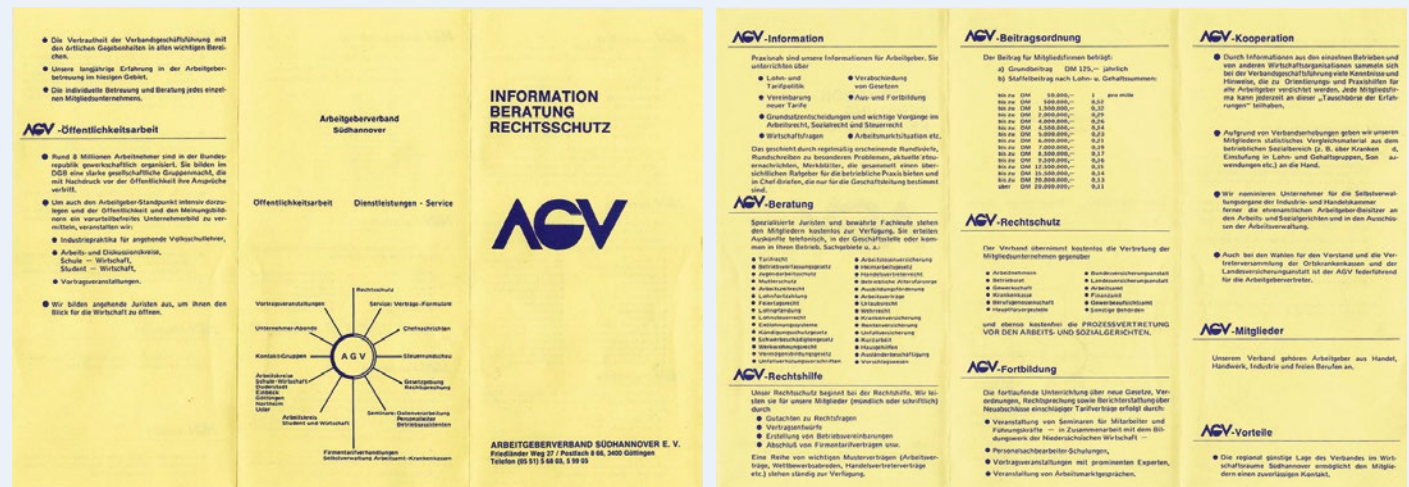
Zu diesem Zeitpunkt ist nicht zu erahnen, dass diese Entwicklung schließlich am 18. Oktober 1977 in die Entführung und Ermordung des Präsidenten der **Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände** Hanns Martin Schleyer durch die Rote-Armee-Fraktion münden würde. Tatsächlich appelliert der **AGV 1970**, der gegenwärtigen Situation nicht nur mit Passivität zu begegnen.

Den damaligen gesellschaftlichen Diskurs aufnehmend, gründet der **AGV** noch 1971 einen Arbeitskreis „Mitbestimmung“ und lädt zu einer „Chef-Runde“ ein, die einen Überblick möglicher Gegenargumente zum „gegenwärtigen Stand der Gesellschaftskritik“ präsentiert.

Seit seiner Gründung hat sich der **AGV** regelmäßig für die regionale Wirtschaftsförderung eingesetzt, Mitglieder bei Grundstücksanfragen unterstützt oder die Bosch-Ansiedlung während Vollbeschäftigungsphase im Jahr 1959 kritisiert. In den 1970er Jahren wird dieses Engagement weiter verstärkt.

Der **AGV** beteiligt sich ab 1970 am neugeschaffenen „Arbeitskreis für Wirtschaftsförderung“ der Stadt Göttingen. Als sich 1973 eine Interessengemeinschaft für die Führung der zukünftigen Eisenbahn-Schnellfahrstrecke über Göttingen und nicht das Weserbergland bildet, ist der **Arbeitgeberverband Südhannover** zunächst zurückhaltend. Dies ist allerdings dem Umstand geschuldet, dass der Verband die wirtschaftlichen Interessen beider Regionen vertritt.

Gegen Ende der 1970er Jahre setzt eine weitere Professionalisierung des **AGV Südhannovers** ein: Es werden etwa die „Service-Checks“ eingeführt, – ein Formular, in dem die Mitgliedsunternehmen ihre Ansprechpartner, Seminarteilnehmer sowie thematische Informationsschwerpunkte und -formate festlegen können. Zudem wird seit 1979 verstärkt auf eine aktive Pressearbeit gesetzt, indem beispielsweise „Kommunalpolitische Gastkommentare“ veröffentlicht und Leserbriefe geschrieben werden.



Dieses zweiseitige Falblatt wird 1977 vom AGV veröffentlicht und in den nächsten Jahren regelmäßig aktualisiert.

Der AGV für Südniedersachsen

Die 1980er Jahre beginnen durch die noch 1979 einsetzende Zweite Ölkrise unter wirtschaftlich herausfordernden Bedingungen, die wiederum zu einem sich weiter verschärfenden gesellschaftlichen Diskurs führen.

Dies wird bereits in der im Jahr 1980 zwischen den Arbeitgeberverbänden und Gewerkschaften geführten Auseinandersetzung um das gewerkschaftlich geforderte Verbot von Aussperrungen im Arbeitskampf deutlich. Die gewerkschaftliche Maximalforderung wird zwar vom Bundesarbeitsgericht verworfen, doch aufgrund der hitzigen Debatte weigert sich das Göttinger Tageblatt zuvor, eine eigens zum Thema aufgesetzte Anzeige des **AGV** zu veröffentlichen. Unter diesen Eindrücken erklärt der **Arbeitgeberverband Südhannover** in seinem Geschäftsbericht 1980, dass die Zeit vorbei sei, in der sich ein Unternehmer „nur um das Geschäft kümmert und sonst um nichts“.

Nicht zuletzt um seinen bisherigen Geltungs- und Vertretungsanspruch zu vergrößern, ändert der **AGV** 1985 seinen Namen in **Arbeitgeberverband Südniedersachsen** und positioniert sich fortan als **Regionalverband für Industrie, Handel, Handwerk, freie Berufe, Landwirtschaft und Dienstleistungsbetriebe**.



Zeitungsüberschrift zur Umbenennung des AGV im GT vom 27. März 1985.

Mal abgesehen von dem gleichzeitig in der Satzung verankerten Hinweis, dass der **AGV** seine Mitgliedsunternehmen auch bei sozial- oder verwaltungsrechtlichen Streitigkeiten unterstützt, ändert sich zunächst nichts am Angebots- und Aufgabenspektrum des Verbandes: Der **AGV** berät und vertritt seine Mitglieder weiterhin bei rechtlichen Fragen oder Prozessen, schließt Tarifverträge oder Vereinbarungen ab und informiert über neue arbeits- bzw. sozialrechtliche Entwicklungen.

Den weiterhin erfolgreich fortgeführten schulischen und universitären Arbeitskreisen wird Mitte der 1980er Jahre ein neuer Arbeitskreis „Bundeswehr“ hinzugefügt, welcher regelmäßige Betriebsbesichtigungen anbietet. Damit Schülerinnen und Schüler ein besseres Verständnis für unternehmerische Abläufe und Herausforderungen entwickeln können, führen der Arbeitskreis „Schule und Wirtschaft“ und namenhafte Mitgliedsunternehmen das Planspiel „Marketing Information Game“ an verschiedenen Gymnasien durch. Darüber hinaus beteiligt sich der **Arbeitgeberverband Südniedersachsen** zusammen mit dem **Arbeitsamt** und dem **Bildungswerk der niedersächsischen Wirtschaft** an dem Projekt „Berufspraktisches Jahr“, welches arbeitslosen Jugendlichen eine Ausbildungsperspektive bietet.



Der neue Briefkopf des umbenannten AGV Südniedersachsen.

Auch im Bereich der Wirtschaftsförderung bringt sich der **AGV** weiterhin ein, indem er etwa eine zweite Datenleitung für das Industriegebiet Grone oder eine bessere Verkehrsanbindung nach Westen fordert.

Ab Mitte der 1980er Jahre beginnt der **AGV Südniedersachsen**, sich vermehrt an verschiedenen politischen und privaten Initiativen zu beteiligen, wie der Ständigen Konferenz „Arbeit für Göttingen“, dem „Verein zur Förderung der Zusammenarbeit von Wissenschaft und Praxis“ oder später „Wir Südniedersachsen“, welche sich für die regionale Wirtschaftsförderung einsetzen.

Dieses Engagement mündet 1988 in die vom **AGV** initiierte „Südniedersachsenkonferenz“, die sich unter dem Motto „Technologieschiene Göttingen/Kassel“ für eine stärkere Zusammenarbeit zwischen Südniedersachsen, Nordhessen und perspektivisch auch Ostwestfalen einsetzt.

Obwohl die sich ab November 1989 überschlagenden Ereignisse in der DDR viele dieser Pläne obsolet werden lassen, bietet sich dem **AGV Südniedersachsen** bald die Möglichkeit, sein Einzugsgebiet zu vergrößern. Bis dahin bemüht sich der **AGV** darum, Übersiedler an seine Mitgliedsunternehmen zu vermitteln bzw. den hiesigen Bedarf an Fachkräften zu erfragen.

INFORMATION BERATUNG RECHTSSCHUTZ

AGV



ARBEITGEBERVERBAND SÜDHANNOVER E. V.
Postfach 1161 / Lotzestraße 29, 3400 Göttingen
Telefon (0551) 720 22

Das AGV-Einzugsgebiet aus einem Faltblatt der frühen 1980er Jahre.

Arbeitgeber wollen investieren

Resolution des AGV Südniedersachsen

Göttingen (soz). In Zukunft zu investieren, dazu sind die südniedersächsischen Arbeitgeber bereit. Auf der Jahresmitgliederversammlung unter Leitung des Vorsitzenden Hans Grotefend und des Geschäftsführers Clemens von Wendt verabschiedeten die Mitglieder des Arbeitgeberverbandes Südniedersachsen einstimmig ein Papier, in dem notwendige Schritte aufgezeigt wurden, die Chancen der deutschen und europäischen Einigung nutzen und steigern. Die Resolution im Wortlaut:

„Die Chance der deutschen und europäischen Einigung ist durch die politische Entwicklung der letzten 6 Monate in Europa erheblich gestiegen. Jeder, der in Politik, Gesellschaft, Gewerkschaften und Wirtschaft Verantwortung trägt, ist aufgefordert, in seinem Bereich die notwendigen Schritte zu unternehmen, die den Einigungsprozeß sinnvoll gestalten helfen. Der Wirtschaft fällt bei diesen Bemühungen eine Schlüsselfunktion zu, die sie dann zum Wohle aller nutzen und einsetzen kann, wenn ihr dazu die Möglichkeiten gegeben und nicht genommen werden. Erhebliche Investitionen der Unternehmen sind erforderlich, um folgende Aufgaben kurz- und mittelfristig zu lösen:

- Erhaltung der Wettbewerbsfähigkeit und Sicherung der Arbeitsplätze in Vorbereitung des europäischen Binnenmarktes ab 1993;
- Verbesserung des Umweltschutzes durch Einsatz neuer Technologien zur Erfüllung der immer schärfer werden Grenzverpflichtungen;
- Aufbau einer marktfähigen Industrie- und Gewerbestruktur auf dem Gebiet der heutigen DDR durch Kooperationen, Firmengründungen oder Firmenübernahmen;
- Stärkung unseres südniedersächsischen Wirtschaftsraumes durch Erforschung und Entwicklung neuer Produkte und Ausbau des Technologietransfers zwischen Hochschulen und Unternehmen.

Die Arbeitgeber sind zu solchen Zukunftsinvestitionen bereit. Sie fordern aber nachhaltig die Schaffung eines günstigen Investitionsklimas, weil sonst die vor uns stehenden Aufgaben nicht erfüllt werden können.

Hierzu gehört:

- Zurückhaltung bei den Tarifverhandlungen – Anhebung der Löhne und Gehälter nicht über den Produkti-

vitäts- und Wachstumsfortschritt der Unternehmen hinaus;

- Absage an jede weitere tarifliche Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich;
- Abschaffung der ungerechten Unternehmensbesteuerung! – Nichtentnommene Unternehmensgewinne sind als Finanzierungsquelle für Zukunftsaufgaben weitgehend in den Unternehmen zu belassen und nicht auf den Staat umzuverteilen;
- Schaffung von Rechtsgarantien zur Eigentums-, Berufs- und Gewerbefreiheit sowie für den Schutz von Investitionen in der DDR;

- Sicherstellung eines freien Güter- und Warenverkehrs mit der DDR und Wegfall bürokratischer Hemmnisse.

Die Arbeitgeber Südniedersachsens fordern die Bundes- und Landespolitiker, aber auch die Gewerkschaften auf, durch verstärkte Kooperation die Verbesserung der Rahmenbedingungen zu schaffen, ohne die eine rasche und effektive Erfüllung derjenigen Aufgaben nicht möglich ist, die der Wirtschaft im deutschen und europäischen Einigungswerk zufallen.

Die Arbeitgeber Südniedersachsens wiederholen ihre Forderungen nach besserer Westanbindung ihres Raumes. Sie bedauern, daß auch die Regionalkonferenz Nordhessen/Ostwestfalen/Südniedersachsen am 14. 3. 1990 in Kassel hier keine entscheidenden Fortschritte gebracht hat. Die Planung der Schnellbahntrasse Kassel-Paderborn-Dortmund der Deutschen Bundesbahn ist zu begrüßen. Dies allein genügt aber nicht.

Es muß sichergestellt sein, daß

- alle traditionellen West-Ost-Verkehrsachsen durch Südniedersachsen für den Straßen- und Schienenverkehr wieder hergestellt und weiträumig an die Fernverkehrsstrassen angebunden werden;
- die Bahnstrecke Altenbeken-Nordheim-Nordhausen-Leipzig elektrifiziert und zweigleisig ausgebaut wird;
- die B 241 mit Kriechspuren und Umgehungsstraßen bis Warburg modernisiert wird;
- Südhaz und Eichsfeld über einen Zubringer an die Bundesautobahn A 7 bei Friedland angebunden werden.

Bei rascher Verwirklichung dieser Forderungen sehen die Arbeitgeber gute Möglichkeiten, die Arbeitslosigkeit in Südniedersachsen durch eine positive Wirtschaftsentwicklung weiter abzubauen.

Der AGV im wiedervereinten Land

Die mit dem Fall der Berliner Mauer am 9. November 1989 eingeleitete Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten und die für 1993 geplante Einführung des europäischen Binnenmarktes bieten Südniedersachsen am Anfang der 1990er Jahre eine wohl einmalige Entwicklungschance: Die Region kann ihre traditionellen Verbindungen in das Eichsfeld wiederbeleben und rückt vom unmittelbaren Zonenrand ins Zentrum des bald wiedervereinigten Deutschlands. Weil der AGV und seine Mitgliedsunternehmen dies bereits früh erkennen, wird noch auf der Jahreshauptversammlung im März 1990 eine erste DDR-Resolution verabschiedet.

Im Juni 1990 werden auf einer Vorstandssitzung schließlich die Grundlagen für die zukünftigen DDR-Aktivitäten des AGV gelegt, nachdem sich mit den *Unternehmerverbänden Niedersachsen* darauf verständigt wird, dass alle Arbeitgeber und Betriebe in den thüringischen Kreisen Heiligenstadt, Nordhausen und Worbis zum Zuständigkeitsbereich des AGV gehören.

Als grundlegende Maßnahmen sollen allgemeine Informationsveranstaltungen und Seminare angeboten, erste Beratungen durchgeführt und die Mitgliederwerbung forciert werden. Zudem einigt sich der Vorstand darauf, dass DDR-Betriebe bis 1992 nur den halben Beitragssatz bezahlen und eigens zwei Akquise-Mitarbeiter befristet eingestellt werden. Bis November gelingt es, nahezu alle DDR-Unternehmen in den drei thüringischen Kreisen anzusprechen und 25 neue Mitglieder für den *Arbeitgeberverband Südniedersachsen* zu gewinnen.

Zeitungsbericht über die DDR-Resolution des AGV aus der Wochenendausgabe des GT vom 24./25. März 1990.

Der AGV für die Mitte Deutschlands

Während sich das Einzugsgebiet des **AGV** in den ersten 40 Jahren seines Bestehens auf Südniedersachsen konzentriert, kann dieses seit 1989/90 erfolgreich um das nördliche Hessen, östliche Nordrhein-Westfalen, westliche Sachsen-Anhalt und insbesondere das nördliche Thüringen erweitert werden. Weil damit nicht nur sprichwörtlich, sondern auch geografisch die Mitte Deutschlands abgedeckt wird, ändert er 1993 seinen Namen folgerichtig in **Arbeitgeberverband Mitte**.

Dass dies mehr als berechtigt ist, lässt sich auch an der Entwicklung der Mitgliederzahl ablesen: Im Jahr 2000 stammen von den 701 Mitgliedsunternehmen rund 120 aus Thüringen und Sachsen-Anhalt.

Auch in den 1990er Jahren engagieren sich der **Arbeitgeberverband** und seine Mitgliedsunternehmen in der Bildungsarbeit, bieten das „Management Information Game“ für gymnasiale Oberstufen und Bewerbungstrainings für Studenten an. Gleichzeitig werden vielfältige Kooperationen eingegangen, um etwa das „Berufspraktische Jahr“ fortzuführen; oder sich im März 1990 an einer Tagung zur „Betrieblichen Frauenförderung“ zu beteiligen.

In der zweiten Hälfte der 1990er Jahren passt der **AGV Mitte** die interne Kommunikation auf die neuen Bedürfnisse an. Anstelle der in den 1960er Jahren eingeführten „Chefnachrichten“ werden wieder ausschließlich Rundschreiben verschickt, die allerdings mit der Rubrik **AGV-Dialog** einen neuen Kommunikationskanal bieten. Im Bereich der Fort- und Weiterbildung werden bei den Mitgliedsunternehmen vor Ort durchgeführte „Inhouse-Seminare“ zum Thema Arbeitsrecht und unterschiedlichste Fortbildungen über das Bildungswerk der niedersächsischen Wirtschaft angeboten.



Das Einzugsgebiet des AGV Mitte seit den frühen 1990er Jahren.

Der AGV im neuen Millennium

Im Jahr 2000 lässt der **AGV** ein „Marketing und Public Relations“-Konzept erarbeiten, welches einen wesentlichen Beitrag zur Professionalisierung der Öffentlichkeitsarbeit leistet. Im Mittelpunkt steht ein überarbeiteter Außenauftritt mit einem modernen Logo, neuen Broschüren und einer Internetseite.

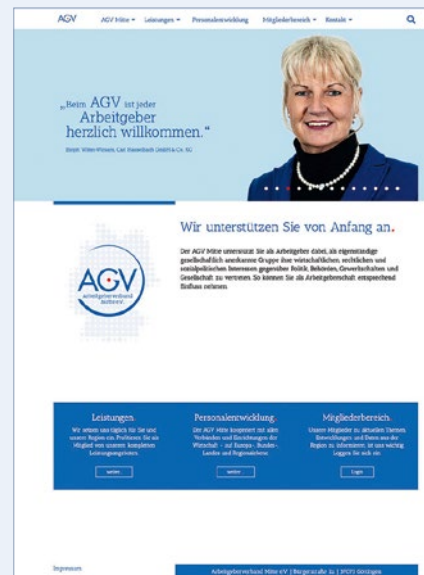
Unter der bis heute genutzten Adresse www.agv-mitte.de geht am 26. September 2001 die erste Internetseite des **Arbeitgeberverband Mitte** online, auch wenn es sich zunächst nur um einen Platzhalter handelt. Wenig später präsentiert der **AGV** seine digitale Visitenkarte, welche das jüngst geänderte Logo, eine minimale Selbstbeschreibung und die gängigen Kontaktmöglichkeiten präsentiert.



2002



2012



2016

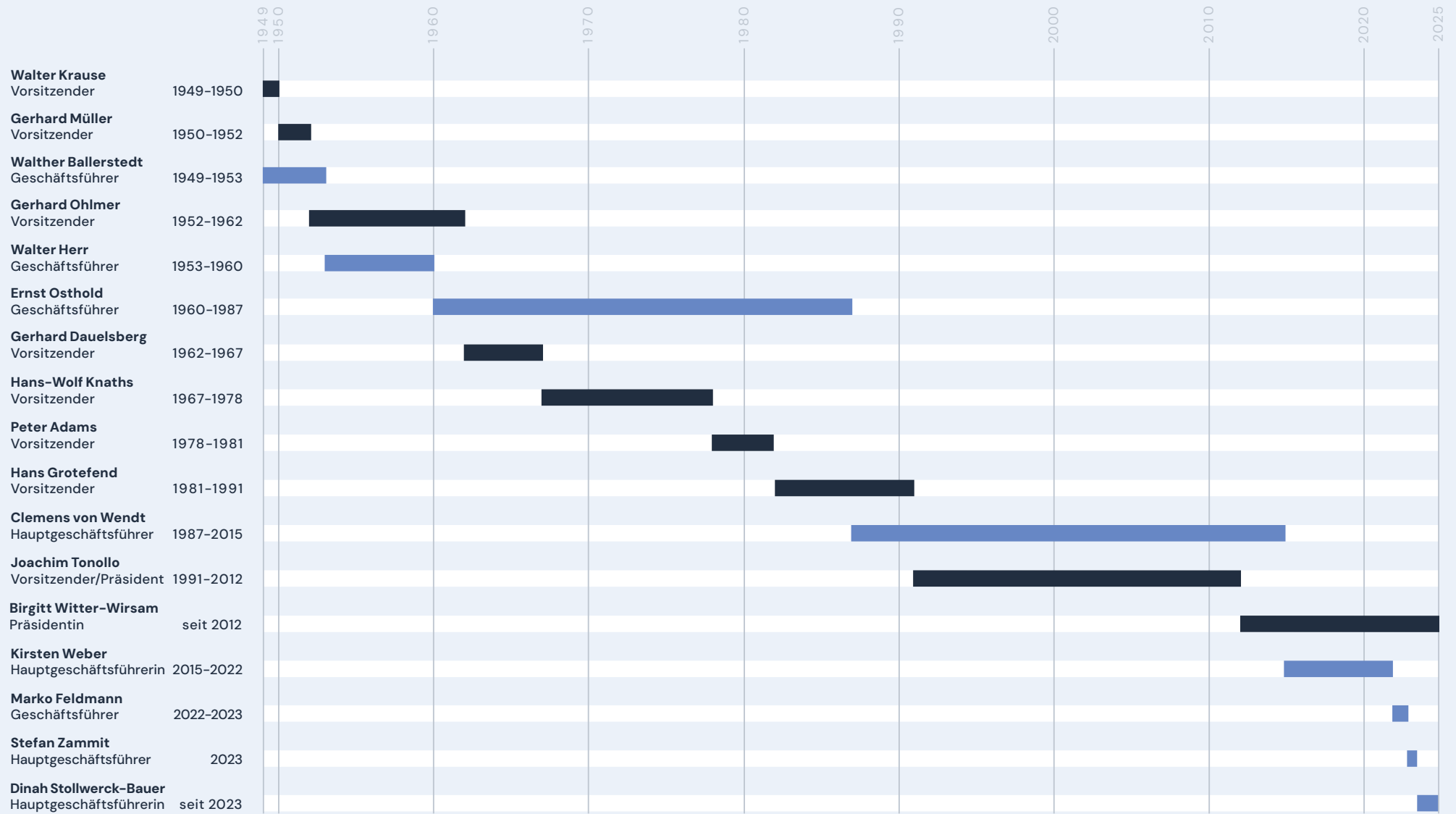


2024

Rund fünf Jahre später wird eine überarbeitete Version online gestellt, die erstmals weitergehende Informationen bereitstellt. Spätestens 2012 geht die dritte Version online.

Die 2016 grundlegend überarbeitete Internetseite setzt erstmals ein professionelles Content-Management-System ein, bietet einen umfangreichen Mitgliederbereich, einschließlich eines digitalen Arbeitszeugnisgenerators, und wirbt mit Testimonials. Pünktlich zum 75. Jubiläum wird die Internetseite des **AGV Mitte** abermals überarbeitet und entspricht, insbesondere mit einem modern anmutenden Logo, allen Anforderungen an einen zeitgemäßen Außenauftritt.

Die Ahnentafel des AGV



Die Standorte des AGV seit 1949



Hildebrandstraße 10

1991



Groner Landstraße 9

1949



Bürgerstraße 2a

2007

1950



Rotestraße 19

1966



Friedländer Weg 27

1957



Reinhäuser Landstraße 4

1981



Lotzestraße 29

Impressum

Herausgeber

Arbeitgeberverband Mitte e. V.

Berufsverband – Vertreter berufsständischer und gemeinschaftlicher
Interessen der Arbeitgeberschaft

Bürgerstraße 2a, 37073 Göttingen

Vereinsregister des Amtsgerichts Göttingen, Registernummer: VR 806

Vertreten durch die:

Präsidentin: Birgitt Witter-Wirsam

Vizepräsidentin: Marie-Luise Keilholz

Hauptgeschäftsführerin: Dinah Stollwerck-Bauer

Autor

Norman Lippert, Histofaktur

Gestaltung & Layout

Erik Neumann, Neumann Mediengestaltung

Archivquellen

Archiv des AGV Mitte

Akten der Geschäftsstelle

Geschäfts- und Jahresberichte

Mitgliederkartei

Protokolle von Sitzungen und Versammlungen

Niedersächsisches Landesarchiv – Hauptstaatsarchiv Hannover

Hann 275 Nr. 105

Nds. 362 Hannover, Acc. 170/91 Nr. 35

Nds. 500 Acc. 6/62 Nr. 172, Nr. 191

Nds. 500, Acc. 2003/056 Nr. 4

Nds. 711, Acc. 6/95 Nr. 417

Stadtarchiv Göttingen

Bestände: C 5, C 16, C 18, C 25, C 46, C 86, C 88

Dep. 104 Nr. 99

Dep. 102 SSK Gö Nr. 190

Bildquellen

Göttinger Tageblatt: S. 20, S. 24

Stadtarchiv Göttingen: S. 2

Städtisches Museum Göttingen: S. 6, S. 13, S. 32

Wikimedia Commons, GeorgDerReisende: S. 32 (Lotzestraße 29)

Arbeitgeberverband Mitte: S. 32 (Bürgerstraße 2a)